

Neuer

# Social-Demokrat.

Redaktion u. Expedition  
Berlin,  
Dresdenerstraße Nr. 63.

Bestellungen werden ausdrücklich bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem Spektator entgegengenommen.  
Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Zeile ober deren Raum mit 4 Ggr. berechnet. Arbeiter-Annoncen die dreispaltige Zeile ober deren Raum 1 1/2 Ggr.

Eigenthum des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich, nämlich: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend Abends.

Abonnements-Preis  
für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pränumerando 1 1/2 Ggr., monatlich 5/8 Ggr., einzelne Nummern 1 Ggr.; bei den Postämtern in Preußen 1 1/2 Ggr., bei den außerpreuss. Postämtern in Deutschland gleichfalls 1 1/2 Ggr. (66 Kreuzer ldd. Währ.)

## Das Urtheil der Presse über die sociale Bewegung

Ist meistens so haarsträubend dumm, daß es geradezu unmöglich ist, ernsthaft dasselbe zu behandeln. Nur äußerst selten findet sich eine logisch gedachte Besprechung der Arbeiterbewegung; und wir wollen deshalb eine in der letzten Zeit erschienene Reihenfolge von Leitartikeln der „Post“ erwähnen, welche, wenn auch von gegnerischem Standpunkt aus geschrieben und von dem vulgären Gespensterglauben an die „gewissenlosen Agitatoren“ beeinflusst, doch einen richtigen Grundgedanken über den Zusammenhang der socialen Zustände mit der Arbeiterbewegung erkennen lassen.

Die in Rede stehenden Artikel beginnen wie folgt:

Die Erfolge, welche die Social-Demokraten bei den Reichstagswahlen, und jetzt auch bei der engeren Wahl in Elberfeld davon getragen haben, zwingen die bürgerliche Gesellschaft endlich wider ihren Willen, mit dieser socialen Bewegung sich zu beschäftigen. Vor einigen Jahren erhörte es noch zum guten Ton, die Existenz einer socialen Frage kurzweg in Worte zu stellen; und wenn jemand sich erlaubte, von Gefahren zu reden, die aus den socialen Verhältnissen erwachsen könnten, so pflegte man zu erwidern, es sei ein durchaus vergeblicher Versuch, verunsicherten Menschen durch Beschwörung des „rothen Gespenstes“ Besorgnisse einzusößen. Diese „schönen Tage von Kranzberg“ sind vorüber; das „Gespenst“ hat seine Wesenheit in den Logen der Commune und neuerdings zu Carthago sehr fühlbar zu machen gewußt, und in Deutschland ist diejenige Bewegung, an deren Spitze die Socialdemokratie steht, so mächtig geworden — wie es das Wahleresultat eben ergibt.

Die „Post“ wirft alsdann die Frage auf: „ob in den allgemeinen Verhältnissen der Arbeiter, wie dieselben wahrscheinlich in der vor uns liegenden Periode sich gestalten werden, Gründe für eine Verstärkung der social-demokratischen Partei enthalten sind, oder ob ein Stillstand, oder Rückgang im Wachstum der Partei zu erwarten ist.“ Und bei Beantwortung dieser Frage ist insbesondere der letzte Artikel der Reihe zu erwähnen, welchen wir hier folgen lassen; er lautet:

Nachdem wir festgestellt, wie es gekommen ist, daß trotz der durch Erhöhung der Production bewirkten Steigens der Arbeitelöhne die Social-Demokratie an Ausbreitung gewonnen hat, glauben wir als feststehend betrachten zu dürfen, daß die Periode der Ueberproduction abgeschlossen ist und wie bereits in die Periode der „Ebbe“ eingetreten sind. Ueber die Ursachen dieses Wechsels brauchen wir an dieser Stelle uns nicht näher auszulassen; es genügt, im Allgemeinen darauf aufmerksam zu machen, daß die Entwicklung der socialen Verhältnisse unter demselben Gesetze des Wechsels von Fluth und Ebbe, des Auf- und Niederganges, der Action und Reaction, steht, welche das politische Leben beherrschen.

Schon machen sich die Folgen des auf socialen Gebiete eingetretenen Reactions bemerklich; der Geschäftssinne, d. h. der Erschließung der Nachfrage nach Produktionsgegenständen folgt mit Nothwendigkeit die Einschränkung der Production selbst; die Nachfrage nach Arbeit erlischt; in den Fabriken wird die Zahl der Arbeitsstunden vermindert, so weit der Lohn nach der geringsten Arbeitszeit sich regelt; es treten Entlassungen von Arbeitern ein, die, erworben geworden, das Arbeitsangebot steigern, und als ganz naturgemäße Folge wird der Arbeitelohn, der in der hinter uns liegenden Periode von Stufe zu Stufe gestiegen, allmählich zu sinken beginnen.

Dat man bisher schon häufig Veranlassung gefunden, über die Gestaltung unserer socialen Verhältnisse zu klagen, so werden die wirklichen Nachteile derselben sich doch erst in der jetzt beginnenden Periode der Ebbe fühlbar machen. Die hohen Arbeitelöhne haben eine Masse von Arbeitskräften in die großen Städte gelockt, und die der Gegenwart eigenthümliche Beweglichkeit, durch die Hervollkommnung der Verkehrsmittel und die sociale Gesetzgebung gefördert, hat es auch der unbedeutenden Masse leicht gemacht, die große Auswanderung vom Lande und aus den Landstädten in das Eldorado der Großstädte zu vollziehen. So lange auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens der Drang nach Steigerung der Production herrschte, so lange war jeder rene Ankömmling willkommen und fand mit Leichtigkeit eine lohnende Thätigkeit. Wenn nun aber in den Großstädten Geschäftslosigkeit zu herrschen anfängt und Arbeitslosigkeit eintritt, so wäre es natürlich, daß nun eine, der Stärke der bisherigen Einwanderung entsprechende Rückwanderung aus den Großstädten in die verlassensten Dörfer und Landstädte eintrete, welche dem Zustande der Zusammenbrängung arbeitsloser Massen in den Großstädten ein Ende machen, oder doch die Nachteile und Gefahren dieses Zustandes wesentlich vermindern würde. Jedoch — bereitwillig läßt die Menge von der aufwärts steigenden Fluth sich importiren; aber nur widerwillig und im allergeringsten

Falle, wenn es vielleicht zu spät, will die Menge mit der Ebbe zurück kehren, — haabsteigen. Dazu kommt, daß die gegenwärtige Jahreszeit nicht geeignet ist, um die verlassene Feldarbeit wieder aufzunehmen.

Nach wuß man nicht vergessen, daß der sog. „Standard of life“ (die gewohnheitsgemäße Lebensnothdurft) unserer arbeitenden Klassen sich wesentlich erhöht hat, — was von den bestehenden Klassen fast regelmäßig als verkehrt betrachtet wird, während doch in dieser Beziehung der Tadel nur dann berechtigt ist, wenn die Lebensgewohnheiten zu wirklich unpassenden oder gar unästhetischen geworden sind. Die arbeitenden Klassen werden indessen alle Kraft aufbieten, um den erzwungenen Standard of life zu behaupten; und wer hier ohne Weiteres herben Tadel aussprechen möchte, der erinnere sich an die zahlreichen Beispiele aus der gebildeteren Klasse, die zeigen, daß erhöhter Luxus, denen eine überaus günstige Gestaltung der Geschäftslage während einer kurzen Zeit rechtsthatig, vielfach bis zum Tage vor dem Bankrotte, während einer langen Zeit ungerührt, fortgesetzt worden ist. Gewiß wird ein solches Verhalten getadelt, mit Recht getadelt; aber der minder gebildeten Klasse gegenüber müssen wir milder urtheilen, wenn wir als sehr schwer es anerkennen, erhöhtem Lebensgenusse wieder zu entsagen.

Wird diese hier angedeutete absteigende Entwicklung weiter, so kommt der Augenblick, in welchem die Noth ein gebietendes Wort spricht. Wir hoffen, daß wir vor solchen traurigen Zuständen, die durch jenes Wort charakterisirt sind, bewahrt bleiben, — sie sind die äußersten Konsequenzen der Hypertrophie, an welcher unsere Großstädte leiden; — die Prodlos auf das Straßengpflaster geworfene Arbeitermasse ist ein willenloses Werkzeug in den Händen gewissenloser Agitatoren; (!) doch haben wir keinen Grund, um an einen gewaltsamen Zusammenstoß zu glauben, weil derselbe unter unseren Verhältnissen für die Agitatoren durchaus ansichtslos sein würde.

Wenn aber Entbehrungen für die arbeitende Klasse nothwendig werden, so wird die Erbitterung gegen die bestehende Klasse, die schon jetzt, meist ohne Grund, (?) vorhanden, sich weiter verbreiten und anwachsen — und die Social-Demokratie wird in diesen Zuständen wirkungsvolle Bundesgenossen finden; denn die Zeit der Ebbe ist es, in welcher naturgemäß die Saat der desillusionirten Leidenz angreift.

Wir glauben also eine noch stärkere Entwicklung der Social-Demokratie als wahrscheinlich voraussetzen zu dürfen, sofern alle, zum Ueberflusse fähigen Elemente, fortfahren, die Hände in den Schooß zu legen.

So weit die „Post“.

Es ist anerkennenswerth, daß der vorstehende Artikel nichts von der albernen Manier enthält, wodurch sich die Manchestermänner über die Arbeiterbewegung und den Börsenkrach nebst Arbeitsflodung hinwegsetzen; denn jene verwechseln einfach die Strikes mit der tiefgehenden socialen Bewegung und meinen naiv, weil durch die Arbeitsflodung weitere Lohn-erhöhung unerreichbar wird, müßten jetzt die Arbeiter demüthig zu Kreuze kriechen und die Allgewalt des Kapitals anerkennen.

Das wäre nun freilich ganz schön, wenn nur nicht die bösen Socialisten existirten, durch deren Bemühungen ein gut Theil der Arbeiter von der politischen Defonomie genug Verständnis bekommen hat, um zu wissen, daß die Krise kein Naturereigniß, sondern die Folge der planlosen Produktionsweise ist, und daß die Arbeiter zur Abhilfe des Nothstandes weder in den Kirchen, noch in den Comtoies zu knien brauchen, sondern eine neue Produktionsweise erringen müssen.

Die „Post“ hat daher ganz Recht, wenn sie meint, daß die Social-Demokratie in der bevorstehenden Periode erst recht zunehmen wird. Nur darin irrt dieselbe, daß sie meint, es hänge die allgemeine Bewegung irgendwie von künstlicher Agitation ab.

Um dergleichen zu behaupten, sind wir Agitatoren selbst viel zu bescheiden. Eine historische Nothwendigkeit ist es vielmehr, welche jetzt die Arbeiterklasse in dieselben Bahnen drängt, welche vor ihr der dritte Stand siegreich beschritten hat, und der einzelne Mensch kann sich zwar seinen Posten, seine Partei wählen, aber er ist nur ein an sich unbedeutender Theil des großen Stromes.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Februar

Der Kampf der preussischen Regierung mit den katholischen Bischöfen ist jetzt bis auf den Gipfel gestiegen worden. Das erste Mitglied des höheren Klerus ist jetzt verhaftet, nachdem sein

pfändbares Vermögen durch die wegen Uebertretung der Kirchengesetze verhängten Geldbußen erschöpft worden ist. Es ist der Erzbischof von Posen, Ledochowski, welcher in der Nacht zum 3. Februar verhaftet und mittelst Extrazuges nach Ostrowo abgeführt wurde.

Ein Opfer des Börsenkrachs ist der bekannte österreichische General Gablenz geworden. Durch Spekulationen vermögenslos geworden und vielleicht in zweideutige Verhältnisse verwickelt, hat er sich erschossen. Im Alterthum tödteten sich Feldherren, wenn sie ihren Ruhm in einer Schlacht verloren hatten, oder ihr Vaterland rettungslos verloren war, jetzt nehmen sie sich das Leben als bankrotte Börsenjobber. Welche Jämmerlichkeit unseres tintenklebrigen Säculum! — Und doch war Gablenz — der Sieger von Deverser und Trautenau — jedenfalls noch einer der Besten seines Standes. Er ist eben ein Opfer der Corruption, welche der heutigen Gesellschaft als Todeskeim inne wohnt.

In der französischen Nationalversammlung kam es am Sonnabend zu einer interessanten, äußerst erbitterten Debatte, indem das Projekt der Regierung, um 78 Millionen Francs jährlich die indirecten Steuern zu erhöhen, Seitens des Abgeordneten Lockroy energisch angegriffen wurde. Derselbe sprach sich in folgender Weise aus: Der Minister Magne habe früher die von ihm verlangten neuen Steuern im Betrage von 78 Millionen als vorübergehend bezeichnet, während er sie jetzt dauernd einführen wolle; er hatte also seinen wahren Plan verheimlicht, um die anderweitigen ihm vorgeschlagenen Auskunftsmitel nicht präsen zu brauchen. Die Unmöglichkeit der vom Ausschuß verlangten Erhöhung der Alkoholsteuer sei vom Finanzminister schlagend nachgewiesen worden. Die Vereinigten Staaten müßten ihren Zuschlag auf die Alkoholsteuer wieder abschaffen, da er eine absolute Verminderung der Steuereinnahme zur Folge hätte. Die gleiche Erfahrung machte die Stadt Paris, die statt der veranschlagten sechs Millionen, nur drei einnahm. Die Glassteuer würde sofort eine Verminderung der Production und die Prodlosigkeit eines Drittels der in dieser Industrie beschäftigten 27,000 Arbeiter nach sich ziehen, wie es in Paris mit der Spiegelindustrie der Fall war, als sie mit einer Taxe belegt wurde. Die Steuererhöhung auf den Frachtverkehr sei verderblich für die Industrie. Auch die Besteuerung der Wechsel hemme den Verkehr. Beide, Kommission und Minister, hätten nicht die unumgängliche Nothwendigkeit ihrer neuen Steuern bewiesen. Der Minister wiederhole gern den Satz: „Wir nehmen das Geld, wo wir es finden.“ Diesen Satz habe man im Mittelalter angerufen, um die Juden zu plündern. In Wahrheit wolle man das Geld da nehmen, wo es nicht zu finden sei, indem man beharrlich mitzels der indirecten Steuern auf die ärmeren Klassen drücke. Den 1300 Millionen indirecter Steuern gegenüber nur 350 Millionen direkter Steuern gegenüber. Deshalb man statt Auflage neuer Steuern nicht die 40 Millionen jährlicher Zinsgarantien, die man den Eisenbahnen auf Grund der unter dem Kaiserreich abgeschlossenen Verträge schulde, lieber stunde? Durch jene leider nicht revidirten Verträge habe man eine Finanzaristokratie geschaffen, die sich zum Vermittler des Handels und der Industrie gemacht habe und ihnen ihre Bedingungen aufzwinge. „Diese Aristokratie“, bemerkt Redner, „ist noch eben so mächtig, als unter dem Kaiserreich; für sie verurtheilt man die Arbeiter der Städte zur Arbeitslosigkeit und die Bauern zur Entbehrung.“ (Heftige Proteste rechts.) Präf. Buffet bemerkt dem Redner, man könne nicht sagen, daß die Nationalversammlung die Arbeiter zur Arbeitslosigkeit verurtheile. Hr. Lockroy ruft: Ich habe gesagt und hatte das Recht, zu sagen, daß die Finanzaristokratie, so wie sie unter der Monarchie und unter dem Kaiserreich existirte und heute wieder vorhanden ist, die Arbeiter zum Feiern verurtheilt. Ich habe nichts zurückzunehmen. (Präf.

Buffet ruft, nach einem neuen und abermals vergeblichen Versuch, einen Widerruf zu erlangen, den Redner zur Ordnung.) Die Nationalversammlung denkt nur daran, den Einfluß und die Macht der ausbeutenden Klasse aufrecht zu halten. (Heftige Proteste rechts und im Centrum. Der Präsident fordert den Redner auf, die letzte Aeußerung, die die Bürger zum Haß gegeneinander aufreize, zurückzunehmen, und ruft ihn, da er sich weigert, dies zu thun, abermals zur Ordnung.) Herr Ledroy fährt fort: Man giebt dadurch dem Volke ein Beispiel von Egoismus, das leider allzu leicht nachzuahmen ist. Die Revolutionen kommen, wenn ihre Zeit da ist, und sind immer das, wozu man sie macht. Sie sind immer gewollthätig, weil die Regierungen keine Gerechtigkeit gekannt haben; sie sind mittheilend, weil die Regierungen kein Mitleid gekannt haben. (Heftiger Lärm rechts.) Präsi.: Die letzten Worte scheinen vielen Mitgliedern als eine Aufforderung zur Empörung. Herr Ledroy: Ich protestire gegen diese Auslegung. Nicht hervorrufen, sondern im Gegentheil verhüten will ich die Revolution! — Die Wuth der reaktionären Bourgeois über diese Rede war natürlich grenzenlos und so kam es denn, daß Einer derselben in der blödsinnigsten Weise antwortete. Dufournel, ein zweiter Knüppel-Laster, schrie nämlich: „Aeußerungen und Ideen, wie die des Herrn Ledroy, sind sehr gefährlich und können unserem Lande das größte Unglück zufügen. Sie erheben das Proudhon'sche „Eigenthum ist Diebstahl“ zum Dogma. Wenn sich Jemand bereichert, so geschieht dies niemals zum Nachtheile der Gesammtheit; im Gegentheil vermehrt er dadurch das öffentliche Vermögen in weit größerem Maße als sein eigenes. Wer 60,000 Francs verdient, der läßt dabei Anderen eine Million verdienen. Leider kennt man in Frankreich die Maschinerie des Handels- und Nationalreichthums nicht. Gold und Silber bleiben nicht in den Kassen der Fabrikanten und Kaufleute, sondern gehen nur durch sie hindurch, wie das Blut in den Adern zirkulirt. Das wollen die Faulenzer und Dummköpfe nicht begreifen. Wer sich bereichert, nimmt nichts vom Nationalreichthum, aber die Demagogen, die Cafés- und Kneipensitzer, die die Reichen beschuldigen, das Land auszubeuten, sie sind es, die im Lande zehren, indem sie nichts produciren und mit ihren Deklamationen die Arbeiter verwirren.“ Diese Debatte, welche wir hier nur kurz skizziren, giebt das trefflichste Bild von dem Geiste der „Ordnungsmänner“ und Henker der Commune, welche in Versailles das große Wort führen.

\* Die „Volkszeitung“ druckt aus der „Dresdener Presse“ ohne Arg und ohne weitere Bemerkung folgenden Satz ab:

Daß in Dresden die National-Liberalen bei der Stichwahl für Dr. Windowitz gestimmt haben, können wir ziffermäßig ziemlich unmißföhllich nachweisen. Dagegen sind uns in glaubhafter Weise mehrere Fälle bekannt geworden, daß bei der Stichwahl Konervative und Social-Demokraten gewählt haben.

Was ist daran Eigenthümliches? Aber für wen haben die Konservativen gewählt? Daß Konservativen und Social-Demokraten gewählt haben, glaubt wohl Jeder ohne „glaubhafte“ Beweise.

\* Der „Hamburger Correspondent“ schreibt:

Herr Schulze-Delitzsch scheint die Nothwendigkeit, mit dem Präsidenten des Allg. deutschen Arbeiter-Vereins auf der engeren Wohl gestanden zu haben, dermaßen verschunpft zu haben, daß er das Mandat für den nächsten Berliner Wahlkreis abgelehnt und in Wiesbaden angenommen hat. Seine „wohlerwogenen“ Gründe will er in nächster Woche seinen Wählern eutendandereusehen die Gütte haben.

Wie uns mitgetheilt wird, ist Herr Schulze gar nicht in der betreffenden Versammlung im Vorsitzenden Saale gewesen, „welches seine früheren Wähler sehr verschunpft haben soll.“

\* Die Mucker in England haben ihre Sympathie für die „deutsche Sache“ in Bezug auf den Kampf des Nationalliberalismus gegen den Ultramontanismus kundgegeben. Der sonst so zähen „Vossischen Zeitung“ ist die Sympathie von solcher Seite doch recht widerwärtig. Sie läßt sich aus London vom 31. Januar schreiben:

Man konnte sich nicht vorstellen, daß die beiden Meetings, welche die Sympathien Englands mit dem Kampfe Deutschlands gegen den Ultramontanismus zum öffentlichen Ausdruck bringen sollten, einen vorwiegend protestantisch-iraklichen Charakter trugen. Viele der gehaltenen Reden würden wegen ihres an Gideons Schwert ruhenden Feind- und Nachreifers gegen den Katholizismus wohl schwerlich dem Geschmade einer deutschen Zuhörerschaft entsprechen haben.

Wahrhaftig, es scheint fast, daß die Religionskriege wieder heraufbeschworen werden sollen! Die „Vossische Zeitung“ aber irrt gewaltig, wenn sie meint, daß die auf den englischen Meetings gehaltenen Reden nicht nach dem Geschmade einer deutschen

Zuhörerschaft gewesen wären. Die Berliner „Koryphäen“ des Geistes und der Wissenschaft, wie sie immer genannt werden, wollen den Engländern solcher Reden halber eine Dankadresse zusenden. In den Zeitungen finden wir nämlich folgenden Bericht:

Am Montag Abend versammelte sich im Abtheilungszimmer Nr. 4 des Reichstagsgebäudes eine größere Anzahl von Landtagsmitgliedern, hervorragenden Gelehrten und Künstlern, Mitgliedern der städtischen Behörden und sonstiger namhafter Persönlichkeiten Berlins, um die Vorbereitungen für die in Aussicht genommene Kundgebung als Erwiderung auf die Resolution des Londoner Sympathie-Meetings zu besprechen. Herr Professor Gneist führte den Vorsitz. Er wies in seiner Einleitungsrede auf die Nothwendigkeit einer Antwort auf die sympathische Kundgebung des englischen Volkes hin und betonte dieselbe als eine Pflicht des Dankes, der Politik und der Schlichtheit. Das deutsche Volk müsse dem englischen seinen Dank ausdrücken dafür, daß es trotz der eminenten Schwierigkeiten, welche Regierung und Presse dem Meeting entgegenstellten, dennoch mit seinem sympathischen Ausdruck nicht zurückblieb; dieser Dank sei zugleich aber auch ein Gebot politischer Schlichtheit, denn das Sympathie-Meeting dokumentire sich als ein bedeutendes politisches Demonstrationen des englischen Volkes seit langen Jahren und werde nicht verschlen, eine zukünftige englische Regierung zu vertrauensvoller Haltung gegenüber Deutschland zu nöthigen. Der Ausdruck dieses Dankes müsse aber über den lokalen Charakter hinausgehen, müsse ein allgemein repräsentatives Gepräge annehmen, indem die bekanntesten Männer des Parlaments, des Bürgerthums, der Kunst und der Wissenschaft ohne Rücksicht auf ihre politische Parteistellung sich zu einer Adresse an das englische Volk vereinigen. Die Mitglieder des Reichstages, des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses würden sich, nach dem freundlichen Entgegenkommen der Präsidien zu urtheilen, voraussichtlich zahlreich an der Versammlung beteiligen, welche am Schlusse der Woche, voraussichtlich am Sonnabend, im großen Festsalle des Rathhauses stattfinden soll. — Der vom Prof. Gneist angeregte Gedanke fand allseitige Zustimmung. Anwesend waren unter anderen: „Koryphäen“ nach dem Bericht der „Volkszeitung“: Schulze-Delitzsch, Kochmann, Oberbürgermeister Hübner, Pöwe-Calbe, Miquel, Dr. Sydow (der Freisinnige!!!), Dr. Zabel und selbst Birchow.

Die englischen Zeitungen, die „Times“ besonders, sind selbst sehr mißvergnügt über jene Meetings und über die dort gehaltenen orthodoxen Reden — die deutschen „freisinnigen“ Männer aber bejubeln dieselben und lassen sich sogar zum Danke herbei — selbst Birchow! — Was aber wird durch die Berliner Dankadresse bewirkt? Die Merikalen können mit gutem Rechte jetzt sagen: Der Kampf gilt dem gesammten Katholizismus. Es war aber seit jeher so, daß im größten Stücke, in der größten Machtstellung auch immer der größte Leichtsinns herrscht, der die Herrscherden zum Vorderein führt.

## Bereins-Theil.

Wir machen unsere Parteigenossen darauf aufmerksam, daß die Einsendung von Unterstützungs-geldern für die bald bevorstehende Wahl im sechsten Berliner Wahlkreis recht schleunig vor sich gehen muß. — Wenn außer den großen Städten, von denen Berlin eine bedeutende Mit-anstrengung erwartet, jeder Ort, in welchem sich Parteigenossen befinden, nur eine Kleinigkeit zuflueuert, so wird eine genügende Summe zum neuen energischen Kampfe schon aufgebracht werden.

Also bleibe Keiner zurück!

(Zur Reichstagswahl.) Bei der Nachwahl im dritten Berliner Wahlkreis wurden für Hasecler ca. 1300 Stimmen abgegeben, Herz erhielt 6000. Trotz der geringen Ansicht in diesem Kreise und der verhältnißmäßig geringen nachträglichen Agitation wurden ca. 100 Stimmen mehr für uns abgegeben, als bei der ersten Wahl.

Hummelburg, 1. Februar. (Versammlung.) Am 31. Januar hatten wir im Lokal des Herrn Sprewitz eine öffentliche Versammlung, in welcher Herr Slering einen ausführlichen und ergiebigen Vortrag hielt. Nach den nöthigen Vorbereitungen warden wir dem Allg. deutsch. Arb.-Bereine eine große Anzahl Mitglieder zuführen können, und wenn wir fortfahren, auf diese Weise im Nieder-Posnimer Kreise zu wirken, so werden wir bei der nächsten Wahl siegen.

Eine freiwillige Teilerfassung für die Agitation ergab 1 Thlr. 22 Sgr. 8 Pf.

Mit social-demokratischem Gruß  
Kinner.  
Hüderdorf, 2. Februar. (Volksversammlung.) Oestern hatten wir beim Gostwirth Kische eine von vielen Hunderten besuchte Volksversammlung. Die Tagesordnung war: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und die Bestimmungen des Allg. deutsch. Arb.-Bereins. Herr Slering aus Berlin sprach unter fernwährendem Beifall. Zur Diskussion meldete sich Niemand, trotzdem mehrmals dazu aufgefordert wurde; überhaupt scheint es, als wenn die Gegner lieber im Geheimen gegen uns agitiren, denn man hat alle gemäßigert, welche das Parteiorgan lesen, oder doch eine andere Meinung haben als die Herren Oberbürger und Kapitalisten. Man giebt den Leuten schlechtere Arbeit oder man weist sie rücksichtslos auf die Straße. Es kommt häufig vor, daß Greise, die schon 40 Jahre und darüber in diesen Bergwerken arbeiten, ohne Weiteres fortgesetzt werden. Aber Gehnd, wir werden nicht eher ruhen, bis alle Mitglieder sind, dann muß das Wahrgelien aufhören. An hundert Arbeiter erklärten, sich uns anzuschließen zu wollen. Eine Teilerfassung zur Agitation ergab 4 Thlr. 13 Sgr. 10 Pf. Mit social-demokratischem Gruß  
W. Manzel.  
Eimeldittel, 4. Febr. ar. (Polizeischwierigkeiten.) Die hochobliche Polizeibehörde der blonen Republik Hamburg hat es für gut befunden, unseren Bevollmächtigten zu Eimeldittel cirkeln zu lassen. Es wurde ihm von dem Senator

Petersen die Mittheilung gemacht, daß er nicht mehr Tagesordnung, wie die folgende: „Die beiden großen Juben der Welt“ ausstellen diese, mit dem Bewußt daß der Bevollmächtigte sonst in eine G. Id. Id. Id. von Thälern verfielen. Das Beste ist gewesen, daß derselbe Tagesordnung noch nie aufgestellt hat. Mit social-demokratischem Gruß  
A. F. Hollmann

Sechshacht, 1. Februar. (Volksversammlung.) fand hieselbst am 1. Febr. eine Volksversammlung der Tagesordnung: Das Ergebnis der Wahlen und die georgischen Parteien. Nach Eröffnung der Versammlung durch Herrn Frieling wurde ein Bureau gewählt und Parteigenossen Herr Herrmann das Wort erteilt, was das Ergebnis der Wahlen, hauptsächlich für die drei-bürger Wahlkreise, erläuterte. Folgende Resolutionen einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und spricht, ferner für die Social-Demokratie nach Kräften zu wirken.“ Mit social-demokratischem Gruß  
D. Giese, Schriftführer

## Verbands-Theil.

Hamburg, 3. Februar. (Bevorstehender Parteitag.) In der gestern abgehaltenen geschlossenen Versammlung wurde das Schriftstück, resp. die abschließliche Liste unserer gestellten Forderungen von der Kommission fertig gemacht. Die Versammlung beschloß hierauf, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um das zu beschließen. Bis dahin nahm der Vorsitzende Dr. und der Unterzeichnete die Verpflichtung auf sich, nach deutschen größeren Städten Cirkulare zu versenden und Aufruf im „Neuen Social-Demokrat“ und anderen zu ergehen zu lassen, um den Bezug von jetzt ab fern zu Kollegen Deutschlands! Ein erster Kampf steht uns und nur durch Organisation und Einigkeit werden wir nur durch festes Zusammenhalten, wie Lössalle es uns lehrt, erringen wir etwas. Wir fordern Euch in größter Interesse auf, von heute ab den Bezug fern zu halten! Diese Forderungen haben uns den Feindhandlung die Wohl, nehmen wir den Kampf auf, kämpfen wir als Parole zu. Unsere Forderungen sind gerecht, wir leben wie Menschen, und was wir für uns erst erkämpfen wir für Euch Alle. Kollegen erwacht! Schläge; es ist Zeit, hohe Zeit. Es werden Eueren die größeren Städte verhandelt werden, und bitten wir Parteigenossen, dieselben den Vereinen der Malergehilfen kommen zu lassen. Und Euch, Kollegen, bitten wir, wagt, den Bezug fern zu halten. Mit social-demokratischem Gruß: Im Namen der Malergehilfen Hamburg  
W. Kustermann, zweiter Vorsitzender  
Mitglied des Allg. deutsch. Arb.-Bereins

Hamburg, 3. Februar. (Allgemeiner Parteitag.) In dem Einvernehmen auf Et. wegen der Reichstagswahl ein Fortschritt auf uns. Wir bitten, den Bezug fern zu halten zu wollen.  
E. S.

## Ueber den geheimen Polizeifonds

fand in einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses eine Verhandlung statt, welche viele beachtenswerthe Dinge ans Licht kam. Wir gehen deswegen näher darauf ein und bringen aus der Rede des Fortschrittmannes E. nachstehenden Auszug:

Der Abgeordnete Laster hat im Jahre 1868 gegen die Polizeifonds gestimmt, aber seine Abstimmungswort; daß er nur gegen den geheimen Polizeifonds gestimmt, weil er mit seiner Opposition gegen die Dispositionsfonds im Staats-Ministerium nicht durch sei. Ich weiß nicht, ob der Abgeordnete Laster selbst Ansicht, daß diese Fonds nur den Zwecken der Sicherheits-Polizei dienen, heute noch aufrecht zu halten ist ja der Etat für uns in mancher Beziehung geworden. So hat man früher behauptet, daß hauptsächlich dazu dienen, Prämien zur Entdeckung von Verbrechen zu gewähren und um Mißhandlungen zu verfolgen; wir wissen aber jetzt, nachdem die andere Form bekommen hat, daß für Verfolgung von Verbrechen der Finanzminister einen besonderen Fonds hat, daß die Prämien für Entdeckung von Verbrechen folgenden Titeln in dieses Kapitel stehen, daß den Befehlungsfonds der Polizeiverwaltung nicht unformirten, sondern auch die nicht nur Beamten stehen und daß im Prinzipien die Berliner geheimen Polizei nicht hierin in dem letzten Titel der Berliner Polizeiverwaltung vor einigen Jahren eine Erhöhung dieses Titels meine Ausgaben der Berliner Polizeiverwaltung damit motivirt worden, daß man in anderen dafür sorgen müsse, den Berliner Polizei-Sicherheits- und Sittenpolizei Civilisten schaffen und die Lehrlingskosten zu ste nötig haben, um in öffentlichen Lokalen häufig zu erscheinen. Wenn früher gesagt ja, es bleiben doch immer noch Ausgaben, die keine Anstaltung gegeben werden werden deshalb aus diesen Fonds bestritten werden schon der Herr Minister des Innern bei einer Gelegenheit diese Auffassung damit ironisirt, daß sollte nur nicht denken, daß er die geheimen Fonds in seiner Schublade habe, um daraus an Jeden geben zu können. Er sagte: Es ist von jeher verwaltet worden, wie alle übrigen einer eigenen Rendantur; es sind alle Ausgaben und ist über alle Ausgaben speziell Rechnung führte fern aus, daß von diesen 40,000 Thaler mögliche eine sehr geringe Summe zur eigenen Unterhaltung des Chefs bleibe, weil weit über die Hälfte zur die Provinzialbehörden geht und der Chef mögliche eine sehr geringe Summe zur eigenen Unterhaltung. Wenn diese Angaben richtig und vollständig nicht ein, weshalb die Oberrechnungs-Kommission nicht revidiren könnte. . . .

Wären jene Angaben über die Natur der Fonds und vollständig, so liegt gar kein Grund vor, ihnen zu bewilligen. Indessen hat schon ein

dieses Fonds, der Minister Graf Schwerin, gesagt und zwar im Widerspruch mit den Erklärungen eines Regierungskommissars im Jahre 1863: „Wenn der Regierungskommissar wirklich gesagt haben sollte, daß diese Fonds wesentlich nur bestimmt sein sollen zur Befolgung oder Ermittlung von Verbrechen, so beruht dies auf einem Mißverständnis der Kommission oder einer unrichtigen Äußerung des Kommissars. Es kann Niemand läugnen, daß diese Mittel hauptsächlich für Zwecke der höheren politischen Staatspolizei dienen müssen.“ Weil der Herr diese Zweck hat, so mußten sich an seine Spuren die Erinnerungen an alle jene politischen Prozesse, die wir seit 25 Jahren durchgemacht, an alle jene falschen Zeugen und gefälschten Aktenstücke, die in diesen Prozessen vorgebracht sind. Darum hat Waldeck erklärt: „Ich streiche jedem Ministerium, sei es, wie es wolle, diese Fonds, weil ich sie für unmoralisch, für solche Fonds halte, die das Demoralisationswesen und alles Schlechte, was in der menschlichen Natur liegt, begünstigen, ohne einen wesentlichen Vortheil für den Staat zu schaffen.“

Ich habe neulich das staatlich unterhaltene System eingehend geschildert, durch welches die öffentliche Meinung zu Gunsten der Ansicht der jeweiligen Minister belehrt werden soll. Der Herr Minister des Innern wird nicht leugnen, daß für dieses System auch dieser Fonds herangezogen werden kann, oder daß seine Veranlichung wenigstens nicht vollständig ausgeschlossen ist.

Es ist richtig, daß diese 40,000 Thlr., bezw. die 30,000 Thaler des Staatsministeriums nur eine kleine Stütze des Systems sind, dessen Hauptgrundlage im Welsensfonds beruht. Der Welsensfonds aber erscheint nicht auf unserem Etat, und von ihm in diesem Hause maßgebenden politischen Partei ist ein auf ihn bezüglicher Antrag nicht gestellt worden, und würde er gestellt, so würde keine Aussicht sein, daß er hier vor der Vertagung zur Verhandlung käme.

Es liegen Anzeichen dafür vor, daß dieser Fonds verwendet wird zu Wahlzwecken gegen die ultramontane Partei. Eine Korrespondenz des Ministers des Innern mit dem Oberpräsidenten des Rheinprovinz ist veröffentlicht und nicht demontirt, wonach Letzterer aufgefordert wird, ein gewisses Flugblatt zu verbreiten zur Einwirkung auf die Wahlmännerwahlen; der Minister will die Kosten übernehmen, doch wohl nur auf diesen Fonds. So sehr ich dem Inhalt dieses Flugblattes die weitestehende Verurteilung wünsche, so wenig kann ich diese Form der Einmischung der Staatsgewalt in den Wahlkampf billigen. Das Wesen der Wahl wird vernichtet, wenn die Staatsgewalt mit Staatsmitteln zu Gunsten irgend einer Partei sich in die Wahl einmischt, und dabei kommt es nicht auf die subjektive Ansicht an, die man über den Werth der einzelnen Partei hat. Gewiß ist der Kampf gegen die ultramontane Partei ein schwerer; aber eben darum sollte man um so wählerischer sein in den Mitteln; man sollte nicht solche kleinliche Mittel anwenden, die nur geeignet sind, zu erhöhtem Widerstande aufzureizen, nicht aber, denselben zu entkräften, und die das Auftreten der mit dem Ministerium in dieser Frage verbündeten Parteien von vornherein lähmen. Gerade die thätigsten und ehrenhaftesten politischen Männer ziehen sich aus dem Vordergrunde der Agitation gegen die liberale Partei zurück, wenn sie sehen, daß solche Fonds neben ihnen arbeiten. Gewiß ist dieser Kampf ein Kulturkampf, deshalb sollte man aber auch nicht glauben, mit kleinen Polizei- und Preßstrafschäden ihn führen zu können.

Nach der kurzen Äußerung des Ministers des Innern, daß er den Briefwechsel zwischen Papst und Kaiser allerdings auf Rechnung des geheimen Polizeifonds habe drucken lassen, und das habe seinen Grund darin, daß dieser Fonds auch zu politischen Zwecken höherer Art gestiftet sei, nahm Lascker das Wort zu einer langen Vitanei, um seine prinzipienlose Vertheidigung des geheimen Polizeifonds zu beschönigen. Lascker erklärte unter anderem:

Schon 1868 habe ich ausdrücklich anerkannt, daß ich solche Fonds, wie heute, stets zu bewilligen bereit bin. Dagegen wolle ich es weit von mir zurück, als ob ich irgend wie das Treiben der offiziellen Presse in Schutz nehme. Was nun den Welsensfonds angeht, so habe ich im Jahre 1868 gegen den Abschluß des Vertrages gestimmt und ihn als einen unheilvollen bezeichnet. Bei den Verhandlungen über die Beschlagnahme der Gelder haben wir uns Anstandsgefühl abgelehnt, Rechnungslegung zu fordern über die Verwendung der Gelder; ich wäre keinen Anstand, zu erklären, daß wir damit ein'n Fehler begangen haben, weil damit ein Element der Korruption eingeführt war. Sollte von irgend einer Seite eine Bemänglung des Zustandes beantragt werden, so werde ich das freundlich unterstützen. Wenn darauf angespielt worden ist, daß aus unserer Mitte ein solcher Antrag nicht eingebracht wird, so antworte ich dasselbe, was ich den deutschen Abgeordneten auf ihre Bitten, sie bei dem Antrage, betreffend die Anfechtung des Wiener Friedens, zu unterstützen: „Wenn ihr Vor schläge macht, die wir bekräftigen können, werden wir in der Lage sein, euch zu helfen; aber zum Zwecke der Agitation Anträge einzubringen, die nur einen Tadel gegen die Regierung ohne Aussicht auf irgend welchen Erfolg ansprechen, dazu sind wir die öffentlichen Verhältnisse hier zu heilig.“ Der Antrag ist auch so schwieriger Natur, daß Keiner aus dem Hause sich daran wagt. (Hanses Logik, Knippel-Lascker! Und deshalb bleibt Alles beim Alten!) Nun frage ich Sie, welches Verhältniß soll sich zu dem Ministerium herausbilden, wenn wir diesen Fonds von 40,000 Thalern pöblich streichen? Würden wir nicht plötzlich in Mißtrauen und Zwiespalt gerathen? Wenn wir wirklich vor 8 Tagen die Position von 41,000 Thlr. gestrichen hätten, glauben Sie, daß dadurch irgend etwas an der offiziellen Preßwirthschaft geändert wäre? Es wäre nur der erste Bruch zwischen der Majorität und der Regierung herbeigeführt, wo beide zur Abwehr sehr schwerer oppositioneller Elemente zusammen wirken und zusammen stehen sollten. Dazu sind wir hergeschickt, nicht aber, kleine Pöbeln herauszufuchen, ihnen eine große Firma und Aufhängeschild zu geben, um eines Tages ohne unsern Willen, wie Simpel geleitet von unsern Gegnern, als Gegner der Regierung gegenüber zu stehen. Wenn die Nachtheile der offiziellen Presse nicht so bedeutend Worten besprochen werden, so sage ich, eben so schädlich, wie die offizielle Presse, ist die unabhängige Presse, die an Berunglückungen ihre Freude hat. Glauben Sie nicht, daß der schon unabhängig ist, der das Geld aus der Hand eines Andern nimmt, — das ist eine atomische Unschuld, das ist

die allergeringste Sorte der Unschuld — aber diejenigen, die vor dem Lande mit der Feder sprechen, und meinen, ihrer Sache am Besten mit Berunglückungen und Verläumdungen dienen zu können, sind eben so sehr und mehr schuldig, weil sie mehr wirken können. (Das sollte sich Lascker nur selbst hinter's Ohr schreiben bei seinen freien Verläumdungen der Socialisten.) Darum bitte ich Sie, bekräftigen Sie uns ganz in derselben Weise, wie wir dies unseren bescheidenen Parteimitgliedern und anderen Mitgliedern des Hauses gegenüber der Regel nach zu thun gewohnt sind, daß Jeder nach seiner Weise und im Sinne des Landes hier durch sein Wort und durch seine Rede dem Interesse des Landes zu dienen beabsichtigt. Von mir dürfen Sie dies jederzeit voraussetzen, jedes andere Interesse liegt mir fern. Wenn Sie sich beinahe hätten verleiten lassen, den Polizeifonds zu streichen, mit der Gefahr des Bruchs und der Entfremdung, während wir in diesen wichtigen Arbeiten begriffen sind, so lassen Sie sich heute nicht bestimmen. Ich bleibe konsequent bei meiner Ansicht. Das bedeutet keine Kriegserklärung gegen andere Parteien im Hause, sondern ist nur eine Kluge, im Interesse des Landes umsichtige und gewissenhafte Politik.

Dieser haarsträubende Vorfall folgte nun eine Abkündigung Seitens des Abgeordneten Windthorst. Folgende Stellen entnehmen wir seiner Rede:

Ich bin überzeugt, daß der Abgeordnete Lascker bei der Bewilligung der Position von 41,000 Thalern (Geheimer Preßfonds) vor acht Tagen seiner vollen Ueberzeugung gefolgt ist; aber seine Begründung von damals und von heute haben den Beweis geliefert, wie schwer es ist, für den nunmehrigen Führer der ministeriellen Partei die frühere Stellung der Opposition mit der heutigen in Einklang zu bringen. Jetzt sind wir in der Regierung und mit der Regierung, jetzt bewilligen wir; das ist die Quintessenz seiner Rede. Ein Regierungskommissar könnte gar nichts Anderes sagen. . . Was nun die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg V. und des Kurfürsten von Hessen angeht, so freue ich mich, daß der Abgeordnete Lascker anerkannt hat, wie es auch aus den Verhandlungen unzweifelhaft hervorgeht, daß eine Verpflichtung zur Rechnungslegung für die Regierung nicht existirt. Ich bin aber nicht der Meinung, daß die Regierung das Geld für Presse und Polizei verwenden darf. Sonst könnte man ja auch allen Hessen und Hannoveranern daraus einen neuen Noth wachen lassen, damit sie sich beklaglich fühlen, die Vergangenheit vergeffen. Man verwendet das Geld für Polizei im Elbthale, in Uniform, in Frack und weißes Kravatte, die letzte ist die theuerste. Die Hauptsumme geht aber an das Ministerium des Innern. Eine solche Verwendung führt zur Corruption und kann nicht früh genug aufgehoben werden. Wenn der Vorredner die Angelegenheit nicht zum Gegenstande eines Antrages machen will, so kann ich ihm darin keine Vorschriften machen. Vielleicht würde ich mich dazu entschließen, wenn die Herren nicht gesagt hätten, man müsse Alles, was wir beantragen, ablehnen. . . Ich muß bemerken, daß die Thatsachen, welche für die Beschlagnahme sprachen, schon vor Abschließung des Vertrages vorhanden waren und zwischen dem Ministerpräsidenten und mir erörtert worden sind. Trotzdem hat man den Vertrag abgeschlossen; man wußte recht gut, warum. Es wird die Zeit kommen, wo es bekannt werden wird. (Auf: Gleich) Nein, jetzt lasse ich Lammora den Vortritt. (Heiterkeit.) Die Beschlagnahme war also ein Akt der Gewalt, der Rechtswidrigkeit in Form eines Gesetzes. Das ist unerhört, daß so etwas vorkommen kann in einem civilisirten Staate, welchen der Abgeordnete Lascker sich Jahre lang zu einem Rechtsstaate zu machen bemüht, obwohl er tagtäglich unter seinen Händen mehr und mehr Polizeistaat wird. (Stimme: Hui Teufel! Stürmische Heiterkeit.) Ich würde diesen Ausdruck auch gebraucht haben, wenn ich nicht geglaubt hätte, daß er in meinem Munde unparlamentarisch gewesen wäre.

Nachdem v. Kardorff den Grund der Beschlagnahme in der Welsenslegion gefunden, Windthorst dies jedoch bestritten hatte, schloß die Debatte, in welcher sich Lascker durch seine Zweideutigkeit kolossal blamirt hat.

Von dem demokratischen Schriftsteller Gustav Rasch geht uns nachstehendes Schreiben zur Abwehr nationalliberaler Veräumdungen zu:

Die Karlsruher Zeitung — die Badische offizielle Regierungzeitung — scheint sich grundrührig damit zu beschäftigen, mich verächtliche Artikel zu fabriciren und dieselben in die deutsche Presse einzuschmuggeln. Die früheren Artikel über meine Reise im Elsaß, daß ich unter der Maske eines preussischen Schulspektors die elsässischen Schulen besucht habe, kamen von dem Korrespondenten der Karlsruher Zeitung in Hagenau. Am 11. Januar brachte die Karlsruher Zeitung einen Artikel aus dem Elsaß, worin der Professor Goguel in Straßburg, Mitglied des Direktoriums des dortigen protestantischen Gymnasiums, in denunziatorischer Weise beschuldigt wurde, mir die Besuche zu meinen Schilderungen des preussischen Schulwesens im Elsaß ge eben zu haben und forderte die Behörden auf, gegen den Professor Goguel eine Kriminaluntersuchung einzuleiten, „der mein anschließlicher Umgang in Straßburg gewesen sei.“ Meiner Erklärung, daß ich von dem Professor Goguel gar keine Besuche erhalten, ihn auch nur ein einziges Mal bei einem halbständigen Besuche in seiner Wohnung gesehen habe, verweigerte sie die Aufnahme. Kürzlich bringt die Karlsruher Zeitung einen Artikel, worin sie unter den heftigsten Anschuldigungen und Schimpfreden gegen mich erzählt, daß mein noch gar nicht erschienenes Buch über Elsaß und Lothringen auf jeder Seite Haß und Erbitterung gegen Preußen athme, wenn es auch kein Wort gegen Deutschland bringe. Auch dies ist wieder eine freche Erfindung der Karlsruher Zeitung. Mein Buch enthält gar kein Wort des Hasses gegen Preußen, sondern ich dient nur die preussische Herrschaft im Elsaß und die in Folge dieser Verwaltung eingetretenen, höchst unqualifischen Zustände. Im Gegentheil habe ich es bei jeder einzelnen Städtebesichtigung nie unterlassen, die anerkanntesten und lobenden Urtheile der elsässischen Bevölkerung über das Benehmen der preussischen Justizbeamten und der preussischen Offiziere und Soldaten zu erwidern.

Da die Karlsruher Zeitung mir die Aufnahme jeder Erwiderung verweigert und in seiner Weise jeden Appell meinerseits an Ehre und Anstandsgefühl mit Stillschweigen beantwortet, so bleibt mir nichts weiter übrig, um mich gegen diese hinterlistigen und erbärmlichen Angriffe der Badischen Regierungzeitung zu schützen, als andere deutsche Zeitungen um Aufnahme diese Schreibens zu bitten. Gustav Rasch. Berlin, 1. Februar 1874.

**Briefkasten.**  
Der Schuhmacher Otto Marcus, welcher zuletzt in Glatzstadt gearbeitet, wird hierdurch aufgefordert, seine jetzige Adresse anzugeben, weil wichtige Familienangelegenheiten vorliegen.  
A. Bräuer, F. Schüller in Brandenburg.  
Herr Bildhauer W. Schulz in Detmold wird ersucht, bei der dortigen Postbehörde gefälligst auf den „Neuen Social-Demokrat“ abonniren zu wollen.  
Die Annoncen für Hamburg (Versammlung der Straßenbauarbeiter am 4. Februar, Versammlung auf dem kleinen Grasbrook den 4. Februar und Versammlung im Alcazar den 5. Februar, Oeffentliche Tischlerversammlung den 5. Februar in Lütge's Salon), sowie die Annonce von Wandobred (Parteiversammlung den 5. Februar) sind hier zu spät eingegangen und haben deshalb keine Aufnahme gefunden.  
Veräußerung in Hamburg wird gebeten, seine Adresse W. Brünning in Promisfel bei Sagard, Insel Rügen, mitzutheilen.  
Otto, Leuchner. Auf dortiger Post reklamiren.  
Lammann, Cessell. Ja.  
Herrnschick, Peitz. Social-politische Blätter durch dortige Post beziehen. Blätter hier nicht vorräthig. Schriften 4 Sgr. in Briefmarken.

**Für Berlin.**  
**Parteiversammlung**  
Freitag, den 6. Febr., Abends 8 1/2 Uhr,  
Sophienstr. 15.  
Tagesordn.: Die Nachwahl im nächsten Berliner Wahlkreise.  
Ganz besonders werden die Vorstände der einzelnen Korporationen, welche auf dem Boden der Laßalle'schen Grundzüge stehen, zu der Versammlung eingeladen.  
Gasencliever.

**Für Berlin.**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
**Versammlungen**  
Donnerstag, den 5. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,  
im „Deutschen Kaiser“, Pottingerstr. 12 (vorm. Wollandstr.).  
Tagesordn.: Vortrag des Herrn F. W. Frisch.  
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8 1/2 Uhr, im „Grotte-weißen Bierlokal“ (oocer Saal), Kommandantenstraße 77-79. Vortrag des Herrn Schwendel.  
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lindemann, Mantensfelstraße 90. Vortrag des Herrn A. Kapell.  
Montag, Landwehrstraße 11.  
Montag, Kirchstraße 5.  
Dienstag, Gartenstr. 13. u. 14.  
Dienstag, Radesdorferstraße 45.  
Beschließens und Fragekasten. G. C. S.

\* Sonntag, den 7. Febr., fällt die Versammlung im Lokale des Herrn Böhm, neben der Kaiser Franzstraße, Lokalverhältnisse halber aus.

**Für Berlin.**  
**Generalversammlung**  
der Mitglieder des Maschinenbau- und Metallarbeiter Vereins  
Sonntag, den 8. Februar, Vormittags 10 Uhr,  
im großen Saale Sophienstraße 15.  
Tagesordn.: Jahresabrechnung des Vereinsleiters. — Vorstandswahl. — Verschiedenes und Fragekasten.  
In dieser Versammlung darf Keiner fehlen, da sehr wichtige Angelegenheiten der Erziehung bedürfen. Meyer.  
Da durch die Wahlbewegung ein großer Theil der Maschinenbauer zum Klassenbewußtsein gekommen ist, so ersuche ich diejenigen Kollegen, welche der Partei angehören, der Korporationsbewegung aber fern standen, diese jetzt hoch zu halten und sich Mann für Mann dem Maschinenbau- und Metallarbeiterverein anzuschließen. D. D.

**Generalversammlung**  
**jämmtl. Tischlergesellen Berlins**  
Sonntag, den 8. Febr., Abends 9 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Porst, Radesdorferstr. 45 (Apollosaal).  
Tagesordn.: Vortrag des Herrn Maximilian Schlichtinger aus Breslau. — Die Lohnfrage.  
A. Herold, Bevollm.

**Für Berlin.**  
**Arbeiter-Unterhaltungs-Gesellschaft**  
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8 Uhr,  
Neue Königstr. und Wadjeßtr. 6a.  
Alle auf dem Posten.

**Für Berlin.**  
**Generalversammlung**  
**jämmtlicher Böttcher Berlins**  
Sonntag, den 8. Februar, Morgens 10 Uhr,  
im Heil'schen Lokal, Landbergerstr. 15.  
Tagesordn.: Allgemeiner Böttcher- (Körper-) Verein in der am 15. dts. stattfindende Ball. Der Bevollm.

**Oeffentliche**  
**Generalversammlung**  
**jämmtl. Lampen-, Bronze- und Metallarbeiter Berlins**  
Sonntag, den 8. Februar, Vorm. 10 Uhr,  
Dresden str. 55 (Theatro american).  
Tagesordn.: 1) Vortrag des Unterleiters. 2) Theilnahme am Kongreß jämmtlicher Maschinenbau- u. Metallarbeiter Deutschlands. 3) Verschiedenes. J. A.: Böttcher. NB. Neue Mitglieder werden in den Metall- Arbeiter Verein und in den Krankenkassen-Verein aufgenommen.

**Für Berlin.**  
**Die Ausschussmitglieder der Maurer-Kranken- u. Sterbekasse**  
werden auf Freitag, den 6. Febr., Abends 8 Uhr, E. nensstr. 115 zur Sitzung eingeladen. Der Vorstand

**Berliner Akkordträger- und Bauarbeiter-Verein.**  
**Mitglieder-Generalversammlung**  
Sonntag, den 8. Februar, Vormittags 10 Uhr,  
im Lokale des Hrn. Lindemann, Mantuffelstraße 90.  
Tagesordn.: Innere Vereinsangelegenheit und Fragekasten.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, auf dem Posten zu sein.  
W. H. Wisman.

**Für Berlin.**  
**Generalversammlung**  
der Allg. Cigarrenarbeiter-Kranken- und Sterbekasse  
Sonntag, den 8. Februar, Vormittags 10 Uhr,  
im „Deutschen Kaiser“, Wollanstraße 12.  
Tagesordn.: Ertheilung der Decharge des Kassiers. Er-  
lebigung der gestellten Anträge. Statutenänderung. Ver-  
schieden.  
Der Vorstand: A. Notes.

**Für Berlin.**  
**Arbeiter-Frauen- und Mädchenversammlung**  
Freitag, den 6. Febr., Abends 8½ Uhr,  
im Lokale des Hrn. Lindemann, Mantuffelstraße 90.  
Tagesordn.: Die Gesänge eines Gesangens.  
Referent: Herr Ketz.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

**Für den Wahlkreis Teltow.**  
**Außerordentliche Comité-Sitzung in**  
**Steglitz**  
Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 1 Uhr,  
im Lokale des Hrn. Siefert, Albrechtstraße Nr. 108.  
Tagesordn.: Sehr wichtige Angelegenheiten.  
Jede: Ort, wo Parteigenossen sich befinden, muß in dieser  
Sitzung vertreten sein.  
Anschließend aber ersuchen wir die Parteigenossen von  
Köpenick und Niedorf, in dieser Sitzung zu erscheinen.  
Nach der Sitzung:  
Mitgliederversammlung.  
J. A.: Gustav Berg. Gustav Diekmann.

**Für Rummelsburg.**  
**Parteiversammlung**  
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8 Uhr,  
bei Herrn Spreewitz.  
Tagesordn.: Zweck und Organisation des Allg. deutsch.  
Arb.-Vereins.

**Für Hamburg.**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
Versammlung  
Freitag, den 6. Februar, Abends 8½ Uhr,  
im Englischen Woll, Kirchenallee 41, St. Georg.  
Tagesordn.: Der Ausfall der Wahlen und die Entvolde-  
lung der deutschen Arbeiterpartei. — Referent Hr. Hörig.  
Die Parteigenossen müssen für Verbreitung Sorge tragen.  
E. L. Vater, Hinter den Hütten 35.

**Altona.**  
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8½ Uhr,  
im Englischen Garten,  
**Volksgesammlang**  
Tagesordn.: Welche Erfolge haben wir zu erwarten von  
der Thätigkeit unserer Abgeordneten. Ref.: Hörig.  
Heinz Radow.

**Für Altona.**  
**Allgemeiner Vötker- (Küper-) Verein.**  
Mitgliederversammlung  
Freitag, den 6. Febr., Abends 8½ Uhr,  
im Vereinslokale.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Bevollm.: A. Grimm.

**Für Altona.**  
Unterzeichneter sieht sich veranlaßt, die hiesigen Partei-  
genossen darauf aufmerksam zu machen, daß von jetzt ab keine  
Annoncen mehr für den „Neuen Social-Demokrat“ ange-  
nommen werden, ohne sofortige Zahlung der Annoncen-Ge-  
bühren.  
Heinz Radow.

**Für Otensen.**  
**Parteiversammlung**  
Sonntag, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr,  
in „Karlruhe“ in Otensen.  
Tagesordn.: Vortrag und verschiedene wichtige Ange-  
legenheiten.  
H. Herzhold.

**Für Wandsbeck.**  
**Deutscher Zimmererbund.**  
Mitglieder-Versammlung  
Freitag, den 6. Febr., Abends 8 Uhr,  
im Lokale des Hrn. Lagemann, Kampstr. 53.  
H. Schröder.

**Für Bremen.**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
Deffentliche Versammlung  
Montag, den 9. Febr., Abends 8½ Uhr,  
im Lokale des Hrn. Duncker, Sögestraße.  
Tagesordn.: Die deutschen Bankenkriege. — Referent:  
Herr Friede.  
Freien Zutritt für Jedermann.  
J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Für Buntenthorsteinweg (Bremen).**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
Deffentliche Versammlung  
Sonntag, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr,  
im Vereinslokale.  
Tagesordn.: Politische Parteilichkeit. Fragekasten.  
Alle Mann am Platze.  
Der Bevollm.

**Für Eimsbüttel.**  
**Große Volksgesammlang**  
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8 Uhr,  
im Lübbes Salon in Eimsbüttel.  
Tagesordn.: Der Staat, wie er ist und wie er sein soll.  
Ref.: Herr Stöckel. — Verschiedenes.  
Alle Mann am Platze.  
E. G. Hollmann, Bevollmächtigte.

**Für Hannover.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der  
**Fasnachtsball**  
verbunden mit **Concert**,  
Sonntag, den 15. Februar, im Saale des Ballhofes  
stattfindet.  
Anfang des Concerts 5 Uhr, des Balles 8 Uhr Abends.  
Entrée zum Concert 3 Sgr., für die ganze Festlichkeit  
10 Sgr. Karten zum Ball allein auch 10 Sgr.  
Karten sind in der Mitgliederversammlung am Mittwoch  
und bei Herrn Matthes, Neuestr. 45, zu haben.  
Ich ersuche die Mitglieder, ihre Saubrigkeit zu thun.  
Rudolph.

**Für Hannover.**  
**Allgemeiner Tischler- (Schreiner-) Verein.**  
**Gemüthliche Abend-Unterhaltung**  
Sonntag, den 8. Februar, Nach. 5 Uhr,  
im Lokale von Matthes, Neuestr. 45.  
Es werden sämtliche Kollegen und Freunde hierdurch  
eingeladen.  
Lüdemann.

**Für Barmen.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß Photographien  
unseres Reichstagsabgeordneten W. Hasselmann, mit und  
ohne Rahmen, fortwährend bei mir zu haben sind.  
Bestellungen können zu jeder Zeit im Vereinslokale bei  
Müller gemacht werden.  
Der Bevollmächtigte: Mann.

**Für Barmen.**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
Deffentliche Versammlungen  
Samstag, den 7. Februar, Abends 8 Uhr,  
in Unterbarren bei Morian.

Sonntag, den 8. Februar, Abends 6½ Uhr,  
im Lokale des Hrn. Ernstdorf zu Ritterohausen.  
Tagesordn.: Unser Sieg und das Gebahren unserer  
Gegner.

**Gemüthliche Abendunterhaltung mit Tanzvergügen**  
Sonntag, den 8. Februar, Nachm. 5 Uhr,  
im Vereinslokale bei Herrn Müller.  
Zutritt nur für Mitglieder und Solche, die es werden  
wollen.

**Geschlossene Mitglieder-Versammlung**  
Montag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr,  
im Vereinslokale bei Herrn Müller.  
Tagesordn.: Abrechnung des Wahl-Comité's. — Ver-  
schieden.  
Karten müssen vorgezeigt werden.  
NB. Die Revisoren werden ersucht, sich pünktlich zur Kon-  
trolle einzufinden.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Bevollmächtigte Mann.

**Für Barmen.**  
**Arbeiter Frauen- und Mädchenverein.**  
**Gemüthliches Beisammensein**  
Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 10 Uhr,  
im Lokale des Hrn. Morian, Unterbarren.  
**Deklamatorische und Gesangsvorträge**  
der Liedertafel „Deutonia“ aus Ronndorf.  
Um 7 Uhr beginnt das

**Kränzchen.**  
Zum Schluß wird der Gesangverein das interessante Stück  
„Der Nachwächter“ vortragen.  
Nur Mitglieder haben Zutritt. Parteigenossen sind will-  
kommen.  
Für das Comité: Frau Fischer.

**Für Vorbeck.**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
Deffentliche Versammlung  
Sonntag, den 8. Februar, Vormittags 11 Uhr,  
im Lokale des Hrn. Strumpen.  
Tagesordn.: Vortrag des Hrn. Dreesebach.  
Die Mitglieder müssen pünktlich am Platze sein.  
Kraßmann

**Für Wald.**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
Deffentliche Versammlung  
Sonntag, den 8. Febr., Nachmittags 5 Uhr,  
beim Birch D. Neurer.  
Tagesordn.: Verschiedenes.  
Der Bevollmächtigte G. Luchtenberg.

**Für Duisburg.**  
Sonntag, den 8. Februar,  
findet im Lokale des Hrn. Fein am Bahnhof  
**Concert und Ball**  
vom Arbeiter-Gesangverein  
statt, wozu wir alle Parteigenossen Duisburgs und Umgegend  
freundlichst einladen.  
Entrée zum Concert 2½ Sgr.  
Zum Ball kann Einschreibung stattfinden.  
Der Vorstand.

**Für Cöln.**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
Deffentliche Versammlung  
Sonntag, den 8. Februar, Abends Punkt 7 Uhr,  
im Lokale des Hrn. P. Wolter, Gr. Griechenmarkt 37.  
Tagesordn.: Vortrag des Hrn. J. P. Wypka.  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
Der Bevollmächtigte J. Urban.

**Für Dresden.**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
Deffentliche Mitgliederversammlung  
Sonntag, den 7. Februar, Abends 8 Uhr,  
im Saale zur Conversation.  
Tagesordn.: Vortrag.  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
Der Bevollmächtigte.  
2 Schlafstellen sind zu vermieten Ritterstraße 2, 2 Ex.  
bei Augustin.

**Für Rieburg.**  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.**  
**Verbrüderungsfest und Ba**  
Sonntag, den 8. Febr., Nachm. 3 Uhr,  
im Lokal zur „grünen Tanne“.  
Wir laden alle Parteigenossen von Veraburg, Calbe,  
alg und Borgeborns hiermit freundlichst ein. Entrée für  
jeden Mitglied 10, für Auswärtige 5 Sgr. Das Com

**Für Dresden.**  
**Löpwergewerkschaft.**  
Seit dem 22. Dezember haben wir unsern unentgeltlich  
Arbeitsnachweis und Herberge eröffnet; dieselbe befindet  
Große Brüderr. 12, bei dem Restaurateur Hrn. S. S.  
der gleichzeitig werden dort die Reiseunterstützungen  
bezahlt. Für die Mitgliedschaft Reisen befindet sich  
Arbeitsnachweis Leipzigstr. 151, bei dem Restaurateur  
H. Rau.

Jeden Sonntag:  
**Große Tanzmusik**  
in dem Vereinslokale des Allg. deutsch. Arb.-Vereins  
(Lübbes Salon in Eimsbüttel),  
wozu ergebenst einladet  
E. v. Spreckell

**Nicht zu übersehen.**  
Einigen tüchtigen Fellenhauergesellen kann ich gegen  
Lohn in der Nähe Bremens Arbeit anweisen.  
W. Friede, Bremen, Carlstr.

Den Parteigenossen in Hamburg empfehle ich gute  
**Holsteinische Gierkartoffeln**  
5 Liter 4 Schill, 4 Saft 3 Mark 14 Schill.  
C. Koopmann  
Schleusenbrücke in Hamburg

**Für Berlin, Brandenburg und Umgegend**  
empfehle ich den Parteigenossen, wie den zur Partei-  
Korporation, mein Lager von Buckeln, Tuchen und  
neuen, sowie fertigen wollenen Hemden zur geneigten  
Sichtung.  
B. Schuelk, Tuchmacher, Brandenburg a. S., Kur-  
Mitglied des Allg. deutsch. Arb.-Vereins.

Zu dem Geburtstage meiner lieben Frau und unse-  
rer Mutter am 5. Februar die herzlichsten Glückwünsche  
mögest Du noch recht lange in unserer Mitte weilen  
und zur Seite stehen.  
Altona, den 2. Februar 1874.

H. Borbeck und Kinder.  
Helene, Rosalie, Johanna, Margaretha  
Ceciline Borbeck.

Unserem Parteigenossen J. Müller zu seinem 47-  
tägigen die besten Glückwünsche von  
Stettin.  
W. R. D. W. & C.

Unserem Freunde und Parteigenossen Johann  
seinem Wiegensche am 6. Februar die besten Glück-  
wünsche von seinen Freunden  
Friede, 2. Februar 1874.

Dem Kämpfer für die Menschenrechte, Otto  
zu seinem Geburtstage am 7. d. meine herzlichsten Glück-  
wünsche.  
D. Dachs

Unserem braven Parteigenossen H. Urban zu seinem  
Geburtstage am 6. Februar die herzlichsten Glückwünsche  
möge dieser Tag noch recht oft wiederkehren.  
Im Auftrage der Mitglieder zu  
A. Schmidt, Bev.

Unserer guten Freundin und tüchtigen Parteifrau  
Frau Sahn in Berlin, zu ihrem am 7. Februar  
den Geburtstage unsere herzlichsten Glückwünsche.  
ferner vereint für die Menschenrechte kämpfen.  
Die Familien  
E. Bauer. E. Meißner. E. Forr. W. Hess

Brandenburg a. d. S.

Dem Kämpfer für Freiheit und Recht H. Ehrlich  
seinem Geburtstage am 6. Februar die besten Glück-  
wünsche.  
V. B.

Dem Kämpfer für Wahrheit und Recht, Herrn  
Kühn, zu seiner Hochzeit am Sonntag, den 8. Febr.  
donnerdes Lebehoch.  
Seine Parteigenossen  
möge er an der Seite seiner treulichen Gattin  
die  
er h

Saarland bei Potsdam.

Alles Gute wünscht zu Deinem heutigen Geburt-  
Tage Deine liebste Frau Louise Keil  
E.

Dem Mannere G. Gotthmann auf Nordernei  
Glückwünsche zu seinem Geburtstage am 7. d. v.  
Ehren, Schwester und Sch

Der Frau Minna Raab in Halle zu ihrem am  
stattfindenden Geburtstage unsere  
herzlichsten Glückwünsche.  
Friedrich Raab und Reinhold Raab

Als Verlobte empfehlen sich  
Emilie Ritze,  
Ferdinand Herrmann.

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben war  
26. Januar hoch erfreut  
F. Sox und Frau in Brande

Eine Schlafstelle ist zum 15. d. oder auch sofort  
mieten. Sebastianstr. 3, Hof, 3 Tr., bei Delle.  
Ein Schuhmachergeselle kann Logis erhalten  
Pl. 45, Hans 16, 3. Etage, St. Pauli.

Eine Schlafstelle, mit separatem Eingange, ist  
zu vermieten Angermühlstr. 12, 3 Tr., bei  
Herrn

**Tölcke's Broschüre.**  
Die Geschichte, der Zweck und die Organisation  
**Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein**  
sind auf Beschluß der Generalversammlung heraus-  
gegeben. Die Parteigenossen werden auf die lehrreichen Abhand-  
lung nochmals aufmerksam gemacht.  
Bezugspreis bei Gr. Wolf, Dresdenstr. 63,  
3 Sgr. 3 Pf. Verkaufspreis 3 Sgr. 6 Pf. jeder  
Druck von E. Jürging's Bwe. (A. Colbath) in  
Verantwortlich für die Redaktion: E. Becker in  
Verlag von B. Gröwel in Berlin.